

Angriff per Anklage

Südafrika zerrt Israel vor das Weltgericht

Viel gewusst, wenig erkannt

Das Versagen der Sicherheitsdienste

Zurück im Leben

Begegnung mit einer früheren Geisel





4

BEGEGNUNG MIT EINER EHEMALIGEN GEISEL

Das zerrissene Foto

6 INTERNATIONALER GERICHTSHOF

Israel auf der Anklagebank

12 ABSCHRECKUNG UND ENTGEGENKOMMEN

Israel und die Hamas

14 AUSSTELLUNG

Briefmarken erzählen Geschichte

15 BIBELKOLUMNE

Was Solidarität kostet



8

NICHT ERST SEIT DEM 7. OKTOBER

Israel-Obsession der Vereinten Nationen



10

VERSAGEN DER SICHERHEITSDIENSTE

Die nagende Frage

Jemenitisch-jüdische Manuskripte an Nationalbibliothek gespendet

Die Israelische Nationalbibliothek hat Mitte Januar die weltweit größte Sammlung jemenitisch-jüdischer Manuskripte erhalten. Diese umfasst etwa 60.000 vollständige und fragmentierte Texte. Darunter fallen Abschriften von Werken bekannter Persönlichkeiten wie des mittelalterlichen Religionsphilosophen Moses Maimonides (1138–1204) oder des Rabbiners und Rechtsgelehrten Jihja Saleh (1713–1805). Sie sind in einer jüdisch-jemenitischen Variante des Arabischen verfasst.

Der ehemalige Besitzer der Sammlung, Jehuda Levi Nahum (1915–1998), stammte ursprünglich aus Sanaa im Jemen. Er wanderte 1929 ins damalige Mandatsgebiet Palästina ein.

Aus Leidenschaft für sein Erbe begann er, jemenitisch-jüdische Manuskripte zu sammeln. Diese schickten ihm seine Eltern aus dem Jemen, bevor sie 1949 selbst nach Israel immigrierten. Danach suchte er bei Einwanderern in Übergangslagern nach weiteren Dokumenten.

Bei Forschern war die Sammlung sehr bekannt. Ein Großteil der Werke wurde in der Vergangenheit von verschiedenen Insti-

Manuskripte der jemenitisch-jüdischen Sammlung in der Nationalbibliothek



tuten untersucht. Bislang mussten die Forscher dazu immer das Haus der Familie Nahum aufsuchen. „Diese Sammlung ist eine umgestaltende Ergänzung der Dokumentation des jemenitisch-jüdischen Erbes der Bibliothek, die die Forschung auf diesem Gebiet in den kommenden Jahren bereichern wird“, sagte Chaim Neria, Kurator der Sammlung, laut der „Jerusalem Post“. |

Valentina Brese

IMPRESSUM

Herausgeber Christliche Medieninitiative pro e.V. | Charlotte-Bamberg-Straße 2 | D-35578 Wetzlar

Telefon +49 (64 41) 5 66 77 00 | Telefax -33 | israelnetz.com | info@israelnetz.com

Vorsitzender Dr. Hartmut Spiesecke | **Geschäftsführer** Christoph Irion (V.i.S.d.P.)

Büro Wetzlar Elisabeth Hausen (Redaktionsleitung), Daniel Frick, Carmen Shamsianpur **Büro Jerusalem** mh

Titelfoto Die südafrikanische Außenministerin Naledi Pandor und der Botschafter in den Niederlanden, Vusi Madonselam, am 26. Januar vor dem IGH in Den Haag |

Quelle: Internationaler Gerichtshof **Redaktionsschluss** dieser Ausgabe: 31. Januar 2024

Spenden Israelnetz lebt von Ihrer Spende. Volksbank Mittelhessen eG IBAN DE73 5139 0000 0040 9832 01 | BIC VBMHDE5F | www.israelnetz.com/spenden

Für die Geiseln beten

Liebe Leser,

kürzlich beschwerte sich ein Nachbar über die erneut veränderte Verkehrsführung in der Jerusalemer Gaza-Straße. Dort besitzt Premier Benjamin Netanjahu eine Wohnung, in einer Verlängerung befindet sich seine offizielle Residenz. „Wegen 136 Geiseln können wir den Krieg nicht beenden! Und warum muss ich Umwege fahren, weil ihre Angehörigen die Straßen blockieren?“ Betroffen fragte ich ihn: „Würdest du auch so sprechen, wenn deine Kinder in Gaza in Geiselhaft wären?“ Schnell versicherte er: „Natürlich nicht. Wahrscheinlich würde ich dann auch mit den Leuten in der Gaza-Straße zelten.“

Noch immer tobt der Krieg in Israel. Wie schon so oft wurde er dem jüdischen Staat aufgezwungen. Und mehr denn je stellen sich Israelis nun die Frage: „Was können wir tun, um die Aufmerksamkeit für die am 7. Oktober entführten Geiseln aufrecht zu erhalten? In Israel und der Welt?“ Nach allem, was wir wissen, waren es Ende Januar noch 136 Menschen, mindestens zwei Dutzend von ihnen sind nicht mehr am Leben. Mit jeder weiteren Woche, die der Krieg andauert, werden die noch lebenden Entführten schwächer und kränker. Und die Forderungen in Israel nach ihrer Befreiung um jeden Preis werden lauter. Die Welt hingegen verlangt ein schnelles Kriegsende oder wenigstens eine Waffenruhe. Selbst wenn das bedeutet, dass die Hamas diese dazu nutzen würde, neu aufzurüsten.

Über die Entstehung der Hamas berichten wir ab Seite 12. Da wird deutlich, was die Welt verlangt: Israel soll mit einer Organisation

Frieden schließen, die in ihrer Charta die Forderung nach der Auslöschung des jüdischen Staates verbrieft hat. Lesen Sie außerdem, warum es absurd ist, dass ausgerechnet Israel mit dem Krieg im Gazastreifen genozidale Absichten vorgeworfen werden (ab Seite 6).

Ein philippinischer Gastarbeiter, der für sieben Wochen in Gefangenschaft der Hamas war, sagte mir, dass er nicht gut behandelt wurde (ab Seite 4). „Doch noch viel schlimmer haben sie die israelischen Geiseln behandelt.“ Er wusste, dass das eine starke Unterbreitung ist. Und spätestens mit den Berichten, die wir nach und nach von den Geiseln erhalten, wissen auch wir es.

In den vergangenen Monaten war in Israel ein Bibelvers sehr prominent: „Sie sollen wiederkommen aus dem Lande des Feindes“ (Jeremia 31,16). Beten wir gemeinsam für die Geiseln und dass sich auch der Folgevers erfüllt: „Und deine Nachkommen haben viel Gutes zu erwarten, spricht der HERR, denn deine Söhne sollen wieder in ihre Heimat kommen.“

Herzlich grüßt Sie aus
Jerusalem,

Miriam Holmer



WISSENSWERT



Die UNRWA, das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge in Nahost, wurde 1949 gegründet. Wobei damit lediglich die arabischen Flüchtlinge gemeint sind, die jüdischen Flüchtlinge hingegen wurden vom Staat Israel integriert. Ursprüngliches Mandat: 750.000, heute: knapp 6 Millionen Menschen. Die UNRWA beschäftigt mehr als 30.000 Angestellte. Die UNHCR kümmert sich um alle Flüchtlingsvölker der Welt. Sie hat etwa 20.000 Mitarbeiter in 138 Ländern. Mandat: rund 35 Millionen Menschen.

Mit einer Gruppe aus Deutschland bin ich Anfang Dezember für einen Tag in Südisrael. Für eine Woche sind 21 Christen aus Deutschland gekommen, um zu zeigen, dass sie an Israels Seite stehen. In einem Gewächshaus an der Grenze zu Gaza geizen sie Tomatenpflanzen aus, weil Arbeiter aus dem Ausland nach Hause geflohen und die einheimischen Mitarbeiter größtenteils zur Armee eingezogen sind. Sie besuchen eine Schule in Jerusalem, in der evakuierte Kinder aus Südisrael lernen. In Tel Aviv hören sie Angehörigen von Entführten zu. Sie wollen helfen, trösten und ein Zeichen setzen: „Gerade jetzt, in dieser schweren Zeit, stehen wir an Israels Seite.“

Weil ich darüber schreiben möchte, was die Deutschen bewegt, ausgerechnet in dieser schlimmen Zeit nach Israel zu kommen, begleite ich sie auf ihrer Fahrt nach Nir Os. Der kleine Kibbutz gehört zu den Ortschaften, in denen die Hamas-Terroristen am 7. Oktober wüteten. Der Gazastreifen befindet sich in Sichtweite, Raketenanschläge waren schon seit vielen Jahren keine Seltenheit. Die 400 Bewohner blieben trotzdem – weil sie ihr Zuhause liebten. Auch Amit verbrachte die ersten 30 Jahre seines Lebens dort. Seit 15 Jahren wohnt er im wenige Kilometer entfernten Nir Jitzchak. Auch dort gibt es schon seit Jahren immer wieder Raketenalarm. Und auch dort griffen die Terroristen an jenem „schwarzen Schabbat“ an.

Auf Bitte eines Armeesprechers führt Amit uns – von Soldaten begleitet – durch den Kibbutz. Was wir sehen, ist schrecklich. Nur wenige Häuser blieben von den Terroristen verschont. Die meisten sind verbrannt. Der Israeli zeigt uns die Häuser und erzählt die zugehörigen Geschichten. Dort, wo Türen intakt sind, kleben die allgegenwärtigen Poster an den Häusern: „Entführt – Familie Munder. Bibas. Kalderon. Tal.“ Die Liste ließe sich fortsetzen. Etwa 160 Einwohner sind entweder brutal ermordet oder entführt worden. An die Hauswände sind Zahlen und Symbole in verschiedenen Farben gesprüht; ein Zeichen, dass sie von der Armee durchsucht wurden – darin befinden sich keine Terroristen mehr und keine Waffen.

Eine surreale Begegnung

Inmitten der reichen Vegetation ragen verkohlte Häuser aus dem satten Grün. „Sie haben einfach die Gasleitung der einzelnen Häuser gekappt und angezündet“, sagt Amit. Vögel zwitschern laut. Die ganze Kulisse wirkt unheimlich. Und unwirklich, fast wie in einem Film. Ich bleibe zurück und befrage einen Mann, der ein zerstörtes Haus räumt. Sein Bruder wird noch immer von der Hamas in Gaza festgehalten. Er ist froh, erzählen zu können.

Nun habe ich den Anschluss zur Gruppe verloren. Auf dem asphaltierten Gehweg laufe ich weiter. Schließlich sehe ich die Gruppe an einer großen Betonplatte. Dass dort mal ein Haus gestanden hat, erkenne ich erst auf den zweiten Blick. Auf einem verbrannten Stück Blech (war das mal ein Auto?) sehe ich ein zerrissenes Poster: „Geliel Pacheco, 33 Jahre. Bringt ihn nach Hause.“ Das Bild zeigt einen Asiaten. Den Israelis ist er offensichtlich als Jimmy bekannt. Ich versuche, die Situation zu verstehen und schaue mich suchend um. Mit ihrem Tourguide ist die Gruppe auf einen Aussichtsturm gestiegen, von wo die Besucher nach Gaza blicken.

Plötzlich fällt mir ein junger Mann mit dunkler Haut auf. Er läuft umher, ich schaue auf ihn, dann auf das Poster. Verständnislos frage ich: „Aber das ist doch nicht...?“ „Doch“, antwortet jemand. Ich drehe mich zur Seite und sehe einen der Soldaten. „Das ist Jimmy. Er war als Geisel in Gaza.“

Ungläubig schaue ich erst auf den Soldaten, dann auf Jimmy, dann zum Poster. Es ist ja zerrissen, so richtig sehen kann ich das Gesicht nicht. „Du bist Jimmy?“, rufe ich ihm, noch immer vor dem Plakat stehend, auf Englisch zu. „Ja“, antwortet er auf Hebräisch. ‚Dieser Mann war sieben Wochen in den Händen der Hamas!‘, denke ich. Bei der ersten Geiselübergabe am 24. November, wurden neben ihm als einzigem Filipino 13 Israelis und zehn Thailänder freigelassen.

BEGEGNUNG MIT EINER EHEMALIGEN GEISEL

Das zerrissene Foto

Anfang Dezember besuche ich mit einer deutschen Gruppe einen Kibbutz, in dem die Hamas am 7. Oktober gewütet hat. Wortlos laufen wir durch die grüne Anlage mit den vielen zerstörten und verbrannten Häusern. Plötzlich und ganz unvermittelt stehe ich einem Menschen gegenüber, der fast 50 Tage von der Hamas gefangen gehalten war.

mh

Amit steht an den Trümmern des ehemaligen Wohnhauses von Jimmy, die Reisegruppe schaut vom Aussichtsturm nach Gaza, daneben liegt das zerrissene Foto von Jimmy

Amit erklärt: „Nach seiner Befreiung ist Jimmy heute zum ersten Mal zurück nach Nir Os gekommen.“ ‚An den Ort‘, schießt es mir durch den Kopf ‚wo er mehrere Jahre als Pflegekraft für den 80-jährigen Amitai Ben Zvi arbeitete.‘ Das hatte ich in den Medien gelesen. Der alte Mann war an jenem Schabbat brutal ermordet worden, Jimmy entführt. „Als er heute Morgen kam“, sagt Amit, „hat er sein Foto an dem Baum gesehen und es zerrissen.“



Als Jimmy zum ersten Mal nach Nir Os zurückkehrt und sein Vermissten-Foto am Baum sieht, zerreißt er es in Stücke. Er möchte ein neues Leben anfangen.

Ich möchte ihm so viele Fragen stellen: Wo haben sie dich festgehalten? Waren andere Entführte in deiner Nähe, mit denen du sprechen konntest? Hattest du genug zu essen? Zu trinken? Konntest du schlafen? Hast du die Sonne gesehen? Hast du geglaubt, dass du je wieder frei sein würdest? Hast du noch Vertrauen in die Menschheit? Wie geht es deiner Familie? Was hast du gesehen, als die Terroristen deinen „Abba“ (Vater) Amitai massakrierten? Bist du versorgt? Wann fliegst du zu deiner Familie auf die Philippinen?

Doch wie beginne ich ein Gespräch mit jemandem, der sieben Wochen an einem Ort war, der wie die Hölle gewesen sein muss? Der Gruppe wollte Jimmy nicht erzählen. Doch als ich vorsichtig auf ihn zugehe, lächelt er freundlich. Fassungslos frage ich: „Bist du wirklich der Jimmy von dem Poster?!“ Er nickt. Spontan rufe ich ihm zu: „Willkommen zurück. Gut, dass du das Poster zerrissen hast. Wie schön, dass du wieder da bist!“

„Danke“, antwortet er lächelnd, an einen Laternenpfahl gelehnt. „Wie haben sie dich behandelt?“, frage ich zurückhaltend. Der junge Soldat kommt einen Schritt näher. „Nicht gut“, antwortet Jimmy vage in gebrochenem Hebräisch. „Doch zu den Israelis waren sie noch viel schlechter.“ Jimmy setzt sich ins Gras. „Jeden Tag habe ich ein Wort auf Arabisch gelernt: Rus bedeutet Reis“, erklärt er nun dem israelischen Soldaten „und maj Wasser.“ Das Wort „Inschaallah“ (hoffentlich, so Gott will) muss er nicht erklä-

ren, das kennt jeder Israeli. Der Soldat ruft aus: „Das ist unglaublich!“ Und an Jimmy gewandt: „Du bist ein Held.“ Ich frage dann doch: „Was haben sie dir gesagt, als du freikamst?“ Jimmy weicht aus: „Jeden Tag haben sie gesagt: Bukra, morgen, ist es so weit.“

Der junge Mann sitzt immer noch im Gras, einen Kopfhörer im Ohr. Er scheint unsere Aufmerksamkeit zu genießen. Gerne möchte ich ihm zeigen, dass er als einer von 240 Entführten jemand ist, an dessen Wohl alle Israelis und Freunde Israels in den vergangenen Wochen Anteil genommen haben. Doch ich fühle mich hilflos: „Ich kann immer noch nicht glauben, dass du hier bist. So gern würde ich dich umarmen!“ Unvermittelt steht er auf, hebt seine Hände und sagt lächelnd: „Du darfst.“ Ich nehme ihn in den Arm und halte ihn ganz fest. Er erwidert die Umarmung. Als ich ihn loslasse, sage ich ihm: „Hör zu, du musst wissen, dass alle, die hier gerade herumlaufen, dich gerne umarmen und am liebsten nie mehr loslassen würden.“ Der Soldat nickt zustimmend und schüttelt fest Jimmys Hand.

„Wie hast du es so lange dort ausgehalten?“, frage ich. Jimmy antwortet: „Ich habe immer gedacht, dass ich meine Familie wiedersehen möchte.“ In Medienberichten lese ich später, dass Jimmy eine Frau und drei Kinder hat. Um ihnen ein besseres Leben zu ermöglichen, hat er sie für einige Jahre verlassen. In Israel verdient er ein Vielfaches von dem, was er auf den Philippinen bekommen würde. Nach seiner Freilassung teilte die philippinische Botschaft in den Sozialen Medien Jimmys Reaktion: „Nur dank Gottes Hilfe habe ich überlebt. Während meiner Entführung habe ich nur an meine Familie gedacht. Als ich dort war, war mein einziger Wunsch, zu überleben und sie wiederzusehen.“

Lachen für ein neues Leben

Den Moment kann ich immer noch nicht begreifen. Und kann den Impuls nicht unterdrücken, ein Foto zu machen. Deshalb frage ich: „Jimmy, ist es okay, wenn wir ein Selfie machen? Wir drei zusammen?“ Er zögert. Ich sage: „Für mich, als Erinnerung an diesen besonderen Moment.“ Jimmy ist einverstanden. Wir positionieren uns vor meinem Handy, ich mache ein Bild. Auch der Soldat zückt sein Handy und drückt auf den Auslöser.

Wir verabschieden uns. Jimmy setzt sich wieder an den Laternenpfahl. Der Soldat und ich gehen schweigend zurück zur Gruppe. Dann frage ich: „Wie heißt du eigentlich?“ „Os“, antwortet er und erzählt, dass er Armeesprecher ist. Eine halbe Stunde später ist die Führung durch den Kibbutz beendet. Ich gehe auf Os zu: „Ich möchte nicht gehen, ohne dir die Hand zu schütteln.“ Auch er hat Mühe, Worte zu finden. Denn die können nicht beschreiben, was wir erlebt haben. Wir gucken uns an. „Danke für diese unvergessliche Erfahrung“, sagt er. „Danke dir“, erwidere ich.

Auf der Rücktour nach Jerusalem schaue ich das Selfie auf meinem Handy an. Ich weiß nicht, wer von uns dreien das breiteste Lächeln zeigt. Wir stehen vor den Trümmern des Hauses, in dem Jimmy den schlimmsten Tag seines Lebens erlebt hat. Doch auf mich wirkt das Bild, als stünden hier drei Freunde, die sich seit Jahren kennen. Wir lachen, als hätten wir soeben den schönsten Tag unseres Lebens miteinander verbracht.

Immer, wenn ich mir das Foto anschau, denke ich an diese unwirkliche, besondere Begegnung zurück. Mir huscht dann wieder ein breites Lächeln über das Gesicht und ich denke: Halleluja! Jimmy ist zurück – bei uns, im Leben! |



Israels Verteidiger Malcolm Shaw spricht
am 12. Februar vor den 17 Richtern des IGH

INTERNATIONALER GERICHTSHOF

Israel auf der Anklagebank

Nicht einmal drei Monate nach den Hamas-Massakern in Israel zerrt Südafrika den jüdischen Staat vor den Kadi. Der Vorwurf des Völkermords an den Palästinensern steht im Raum. Eigentlich geht es aber um die Delegitimierung Israels.

Sandro Serafin

Als Israels UN-Botschafter Abba Eban am 17. August 1949 für sein Land die Völkermordkonvention unterzeichnete, war der Kontext für ihn klar: Das Papier erinnere „an die brutale Abschachtung von Millionen Juden durch das Nazi-Regime in Europa“. Israel, Zufluchtsland für Holocaust-Überlebende, war der 28. Staat, der seine Unterschrift unter die Konvention setzte. Sie war maßgeblich von dem polnischen Juden Raphael Lemkin vorbereitet worden, der nach dem deutschen Überfall aus Polen geflohen war. Jetzt, 75 Jahre später, fällt Ebans Unterschrift ausgerechnet auf den jüdischen Staat selbst zurück. Denn am 29. Dezember hat Südafrika auf Basis der Konvention vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag Klage gegen Israel eingereicht. Auf 84 Seiten führt Pretoria aus, warum es meint, dass Israels Handlungen im Gazakrieg einem Völkermord gleichkommen.

Laut Völkermordkonvention können verschiedene Handlungen genozidalen Charakter annehmen: Nicht nur die Tötung von Mitglie-

dern einer ethnischen Gruppe, sondern etwa auch die Verursachung schweren seelischen Schadens. Südafrika verweist unter anderem auf die tausenden zivilen Todesopfer durch Israels Militäroperation und auf den hohen Grad der Zerstörung im Gazastreifen. Beides lässt sich nicht leugnen, wenn auch die konkreten Opferzahlen schwer fassbar sind. Ein Vertreter des israelischen Außenministeriums bezeichnete das Leid palästinensischer Zivilisten vor dem Gericht selbst als „herzzerreißend“.

Entscheidend für einen Genozid aber ist, dass mindestens eine der Handlungen „in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören“. Juristen sprechen vom „dolus specialis“. Ohne diesen „spezifischen Vorsatz“, die Völkermordabsicht, kann man von Leid sprechen, vielleicht gar von Kriegsverbrechen – gibt es überhaupt Kriege ohne Kriegsverbrechen? –, aber auf keinen Fall von Völkermord, dem „Verbrechen der Verbrechen“. Zwar hat Südafrika ausführlich versucht,

völkermörderische Äußerungen in Israel auffindig zu machen, die eine solche Absicht belegen könnten. Alles, was das Land anführte, lässt sich aber entweder dem Staat nicht zuschreiben oder ist aus dem Kontext gerissen.

So führte Pretoria etwa an, dass Premierminister Benjamin Netanjahu in einer seiner Reden aus 5. Mose 25,17 zitiert hatte, wo es heißt: „Gedenke, was dir die Amalekiter taten auf dem Wege, da ihr aus Ägypten zoget.“ Südafrika verwies nun darauf, dass Gott in 1. Samuel 15,3 König Saul dazu auffordert, „Mann und Weib, Kinder und Säuglinge“ der Amalekiter zu töten. Der Schluss: Auch Netanjahu beabsichtige dies, nur eben im Hinblick auf die Palästinenser. Jedoch hatte der Premier weder auf diese Stelle Bezug genommen, noch hatte er jemals erklärt, dass er die Palästinenser insgesamt – nicht nur die Hamas – mit Amalek identifiziert. Das Gericht selbst wiederum deutete in einer ersten Stellungnahme Ende Januar an, dass es eine Äußerung von Staatspräsident Jitzchak Herzog als problematisch erachten könnte. Herzog hatte kurz nach Kriegsbeginn angerissen, dass für die Taten der Hamas „eine ganze Nation verantwortlich“ sei. Noch während desselben Auftritts stellte er jedoch klar, dass es „sehr viele unschuldige Palästinenser“ gebe. Dies ließ das Gericht unter den Tisch fallen.

Israel als koloniales Projekt

Dies sind nur zwei Beispiele für die Faktenverzerrung in diesem Prozess. Eklatanter ist, dass Südafrika die vielen Bemühungen der israelischen Armee zum Schutz der Zivilbevölkerung ignorieren muss, da diese der genozidalen Absicht klar entgegenstehen. Unter den Tisch fällt auch, dass sich die Hamas in der zivilen Infrastruktur verschanzt und damit die massiven Opferzahlen bewusst provoziert. Am schlimmsten aber: Selbst Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung legt Südafrika bisweilen als genozidal aus. So interpretiert es Israels zu Kriegsbeginn ergangenen Aufruf an die Bevölkerung, den Norden des Gazastreifens zu verlassen, in einen Akt der Vertreibung um.

Südafrikas Vorwürfe haben eine lange Vorgeschichte: Das Land stellt sich seit Jahren kompromisslos an die Seite der palästinensischen Sache und gegen den jüdischen Staat (siehe Zeitleiste). Womöglich ist es eine späte Rache dafür, dass Israel im vorherigen Jahrhundert Geschäfte mit dem Apartheid-Regime in Südafrika gemacht hatte, gegen das der nun regierende Afrikanische Nationalkongress (ANC) seinerzeit mobilisierte. Schon ANC-Idol Nelson Mandela gab 1997 die Parole aus, dass „unsere

Freiheit“ nicht vollständig sei „ohne die Freiheit der Palästinenser“.

Kurz nach dem Terrorüberfall vom 7. Oktober telefonierte Außenministerin Naledi Pandor sogar mit Hamas-Chef Ismail Haniye. Ganz in dessen Sinne handelt Südafrika nun, wenn es das betreibt, was Beobachter als „lawfare“ bezeichnen, also als Kriegsführung mit rechtlichen Mitteln. Die israelische Juristin und Reserveoffizierin Pnina Scharvit Baruch brachte das jüngst gut auf den Punkt: Die militärische Kampagne der Hamas zielt auf Israels physische Zerstörung. „Gleichzeitig zielt die juristische Kampagne auf die konzeptionelle Zerstörung Israels als eines legitimen Staates.“ Wie sehr sie damit richtig liegt, ist auch daran zu erkennen, dass einer der Vertreter Südafrikas bei seinem Auftritt vor dem IGH von „Israels Kolonisierung seit 1948“ sprach. Damit delegitimierte er nicht nur die „Besatzung“ der sogenannten Palästinensergebiete durch Israel seit 1967, sondern die israelische Staatlichkeit insgesamt als koloniales Projekt.

Täter-Opfer-Umkehr

Zwar ist wahrscheinlich, dass Südafrika mit dem Völkermordvorwurf am Ende nicht durchkommen wird. Allerdings muss es das auch gar nicht, denn der Schaden für Israel ist auch so schon angerichtet. Ende Januar lehnten die Richter in einer Eilentscheidung zwar Pretorias Forderung ab, Israel zu einem Waffenstillstand zu zwingen. Zugleich erklärten sie aber, dass „mindestens einige“ der von Südafrika angeführten israelischen Handlungen und Unterlassungen womöglich unter die Völkermordkonvention fallen würden. Das reicht bereits, um Israel mit dem Gerücht des Völkermords zu belegen. Dieses Gerücht könnte nun jahrelang – so lange dürfte sich der Prozess hinziehen – über dem Land schweben und dessen internationales Ansehen unterspülen.

Die Reaktionen in Israel fallen entsprechend aus: Präsident Herzog stellte das Verfahren in den Kontext der Ritualmordlegenden, also jahrhundertalter antisemitischer Verschwörungsmymen. Und Ex-Premier Naftali Bennett sprach von einem weiteren Dreyfus-Prozess. Der jüdische Hauptmann Alfred Dreyfus war Ende des 19. Jahrhunderts in Frankreich fälschlicherweise wegen Landesverrats verurteilt worden. Der Fall ließ seinerzeit judenfeindliche Emotionen hochkochen. So rührt der IGH-Prozess an alten Traumata des jüdischen Volkes. Und verstärkt ein ohnehin vorhandenes Gefühl der Israelis: dass sich die Welt gegen ihren kleinen Staat zusammenschließt und aus dem Opfer vom 7. Oktober den Täter macht. |

Südafrika und der Nahost-Konflikt

- 1990** Nelson Mandela trifft kurz nach seiner Haftentlassung PLO-Chef Jasser Arafat
- 1994** Machtübernahme des ANC in Südafrika
- 1994–heute** Kein südafrikanischer Präsident besucht Israel, kein israelischer Premier besucht Südafrika
- 1998** Arafat besucht Südafrika
- 1999** Mandela besucht Israel nach seiner Präsidentschaft
- 2004** Südafrika nimmt vor dem IGH gegen Israels Sicherheitsmauer Stellung
- 2006** PA-Präsident Mahmud Abbas besucht Südafrika
- 2010** Südafrika zieht seinen Botschafter wegen Streit um Gaza-Flottille kurzzeitig aus Israel ab
- 2012** ANC stellt sich hinter Israel-Boykottbewegung BDS; Parteivorsitzende nennt Israel „viel schlimmer als Apartheid-Südafrika“
- 2015** Südafrikas Präsident Jacob Zuma empfängt Hamas-Delegation; ANC und Hamas unterzeichnen Absichtserklärung
- 2018** Südafrika zieht nach Palästinenser-Ausschreitungen an Gaza-Grenze Botschafter aus Israel ab
- 2019–heute** Südafrika sendet keinen neuen Botschafter nach Israel
- 2023** Südafrikanisches Parlament fordert wegen Gaza-Krieg Abbruch der Beziehungen; ANC empfängt Hamas-Delegation; Regierung klagt Israel vor dem IGH an

NICHT ERST SEIT DEM 7. OKTOBER

Die Israel-Obsession der Vereinten Nationen

„Israel ist der Jude unter den Nationen.“ Das geflügelte Wort fasst das Phänomen des israelbezogenen Antisemitismus prägnant zusammen. Wie versammeln sich die Nationen gegen Israel und wo steht Deutschland?

Eine kommentierende Analyse von Carmen Shamsianpur

Auf der Weltbühne ist Israel der Prügelknabe. Wenige Monate, nachdem die Terrorgruppe Hamas gefolgt von einem palästinensischen Mob mit genozidalen Absichten in Israel einfiel, sitzt der jüdische Staat im Gerichtssaal – auf der Anklagebank. Der Vorwurf lautet „Völkermord“.

Für Israel bedeutet die Anklage vor dem Internationalen Gerichtshof die Eröffnung einer weiteren Front im Kampf um die öffentliche Meinung. Zu Unrecht haben die Vereinten Nationen noch immer einen Nimbus von Integrität, Professionalität und Neutralität.

Generalversammlung und Sicherheitsrat

In der UN-Generalversammlung sind alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen mit gleichem Stimmrecht vertreten. Der Anteil autoritärer Staaten ist höher als der demokratischer. Allein die „Organisation für Islamische Zusammenarbeit“ (OIC) hat mit 56 von 193 Mitgliedstaaten ein enormes Gewicht. Nachweislich ist Israel der in der Generalversammlung am meisten kritisierte Staat. Ebenso lässt sich belegen, dass Israel kein größeres Fehlverhalten an den Tag legt als andere Staaten, die weit weniger oder gar nicht kritisiert werden.

Im Sicherheitsrat verhindern die USA mit ihrem Vetorecht ständige Resolutionen gegen Israel. Ohne dieses Veto hätten die Vereinten Nationen Israel bereits zu einem Waffenstillstand gedrängt, ohne die fortwährenden Angriffe der Hamas auch nur zu erwähnen.

Sieben untergeordnete Gremien befassen sich nur mit Israel und den Palästinensern, darunter die „Abteilung für palästinensische Rechte“ und ein Büro zur Pflege eines Verzeichnisses für Schäden, die durch den Bau der Mauer in den palästinensischen Gebieten verursacht wurden.

Generalsekretär

Der UN-Generalsekretär wird von der Generalversammlung und vom Sicherheitsrat gewählt. Der Portugiese António Guterres bekleidet das Amt seit 2017. Als oberster Verwaltungsbeamter vertritt er die UN nach außen. Sein Name erscheint für das Jahr 2023 auf der Liste der schlimmsten antisemitischen Vorfälle des Simon-Wiesenthal-Centers.

Kurz nach dem 7. Oktober sagte Guterres, der Angriff der Hamas sei „nicht im luftleeren Raum“ erfolgt. Er kritisierte Israel für

das Leid der Palästinenser unter der „Besatzung“. Indirekt machte er somit den jüdischen Staat für das Terrormassaker mitverantwortlich. Später setzte er alle verfügbaren Hebel in Bewegung, um Israel zur Aufgabe des Verteidigungskrieges zu zwingen. Mittels einer selten angewandten Klausel setzte er den Sicherheitsrat unter Druck, einen Waffenstillstand herbeizuführen. Gleichzeitig forderte er eine Lockerung der US-Sanktionen gegen den Iran. Die Parteinahme des höchsten UN-Repräsentanten ist deutlich.

Menschenrechtsrat und Untersuchungskommission

Der Menschenrechtsrat (UNHRC) der Vereinten Nationen ist seines Namens nicht würdig. Ansprüche an die Einhaltung der Menschenrechte in den Mitgliedsstaaten gibt es kaum. So wachen derzeit Länder wie China, Katar, Pakistan, Somalia und Gambia über die Menschenrechte in Israel.

Die Lage der Palästinenser ist ein ständiger Tagesordnungspunkt im Menschenrechtsrat. Das heißt: Ungeachtet der Entwicklungen im israelisch-palästinensischen Konflikt bespricht der Menschenrechtsrat bei jeder Sitzung das palästinensische Leid. So kommt es, dass Israel seit Bestehen des Rates öfter verurteilt wurde als der Rest der Nationen zusammengenommen.

Im Mai 2021 rief der Menschenrechtsrat eigens eine Untersuchungskommission ins Leben, die israelische Menschenrechtsverletzungen dokumentieren soll. Die Sondersitzung hierfür hatte die OIC beantragt. Eine ähnliche Kommission mit unbegrenztem Mandat gab es noch in keinem anderen Konflikt.

UNRWA – Erziehung zum Hass

Da verwundert es kaum noch, dass die Vereinten Nationen ein eigenes Flüchtlingshilfswerk für Palästinenser unterhalten, die UNRWA. Anders als die meisten anderen Flüchtlinge dieser Welt wohnen sie seit Generationen in festen Häusern. Dennoch verfügt die UNRWA über ein Vielfaches an Mitarbeitern und Finanzen im Vergleich zum UNHCR, das für Flüchtlinge im Rest der Welt verantwortlich ist.

Spätestens seit dem aktuellen Krieg im Gazastreifen ist nachgewiesen, dass die UNRWA in ihren Schulen und Krankenhäusern Terror-Infrastruktur beherbergt. Außerdem feierten Tausende UNRWA-Beschäftigte die Gräueltaten der Hamas. Terrorverherrlichende Inhalte in Schulbüchern waren den internationalen

Geldgebern zwar schon lange ein Dorn im Auge. Einfluss auf den Finanzfluss hatte dies allerdings nicht. Erst der Nachweis, dass Angestellte des Hilfswerks direkt am Massaker beteiligt waren, führte vorerst zu einem Zahlungsstopp.

Weltgesundheitsorganisation

Eine weitere wichtige UN-Einrichtung, die Weltgesundheitsorganisation, legt Israel im laufenden Konflikt ständig die Zerstörung von Krankenhäusern und mangelnde medizinische Versorgung

die USA und 26 weitere Nationen die Untersuchungskommission des UNHRC wegen Voreingenommenheit. Deutschland beteiligte sich nicht daran.

Ein Kritikpunkt ist außerdem Deutschlands Abstimmungsverhalten bei Resolutionen gegen Israel. Die deutschen Vertreter wirken auf die Mitgliedstaaten der OIC ein, ihre Forderungen weniger antisemitisch zu formulieren. Um glaubhaft zu bleiben, enthält sich Deutschland in der Folge bei der Abstimmung über entschärfte, aber nach wie vor einseitige Resolutionen. Dem jüdischen Staat wäre mit mehr Gegen-



**Er stellt sich im aktuellen Konflikt einseitig gegen israelische Sicherheitsinteressen:
UN-Generalsekretär António Guterres**

der palästinensischen Zivilbevölkerung zur Last. Bislang versäumte sie jedoch, die Hamas für den militärischen Missbrauch ziviler Infrastruktur zu kritisieren. Bereits in der Vergangenheit erließ die Organisation unverhältnismäßig viele Resolutionen gegen Israel. Ähnlich wie im Menschenrechtsrat ist Israel häufig das einzige Land, das auf der Tagesordnung explizit genannt wird.

Deutsches Engagement

Deutschland steht seit dem 7. Oktober in Worten und Taten an der Seite Israels. Auf der Weltbühne scheint die deutsche Harmoniebedürftigkeit jedoch die unverbrüchliche Freundschaft zu Israel zu behindern. Als die USA sich unter dem Eindruck von Vernichtungsantisemitismus aus dem Atomdeal mit dem Iran, dem UN-Menschenrechtsrat und der UNRWA zurückzogen, wollte Deutschland die Lücken füllen. Im Juni 2023 verurteilten

stimmen zu entlarvend antisemitischen Resolutionen besser gedient.

Was den Völkermordvorwurf gegen Israel vor dem IGH betrifft, zeigt Deutschland klare Kante. Der deutsche Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) nannte die dort betriebene Täter-Opfer-Umkehr beim Namen. Als Drittpartei hat sich Deutschland immerhin zur Verteidigung vor dem Gericht an Israels Seite gestellt. |

Anzeige

Aktuelle Informationen
aus Israel jeden Tag neu.

▶ **israelnetz.com**

israelnetz

VERSAGEN DER SICHERHEITSDIENSTE

Die nagende Frage

Der Schock des Terrormassakers sitzt tief. Aktuell steht der Kampf gegen die Hamas im Vordergrund. Doch die Frage, wie es so weit kommen konnte, lässt sich nicht aufschieben.

Daniel Frick

Wird ebenfalls Fragen beantworten müssen: Armeechef Herzi Halevi, hier am Tag seiner Amtseinführung im Januar 2022, zu der traditionell ein Besuch an der Klagemauer gehört

Für Tamir Hayman ist es die Millionenfrage: Wieso haben die israelischen Geheimdienste die Gefahr aus dem Gazastreifen nicht erkannt und das Terrormassaker vom 7. Oktober nicht verhindert? Der frühere Leiter des Armeegeheimdienstes (Aman) hat dafür keine Erklärung, wie er gegenüber der „Times of Israel“ einräumt. Klar sei nur, dass sowohl der Inlandsgeheimdienst Schabak als auch der Aman die Lage falsch beurteilt haben. Warum dies so war, sei ein Rätsel.

Die Frage beschäftigt ganz Israel und diejenigen, die dem jüdischen Staat verbunden sind. Dennoch hat Armeechef Herzi Halevi angeordnet, dass die Aufarbeitung erst nach dem Krieg beginnt, um fokussiert zu bleiben. Staatsprüfer Matan-jahu Engelman kündigte am 20. Dezember ebenfalls eine Untersuchung an. Diese soll jedoch erst beginnen, sobald es die Umstände des Krieges zulassen, die Armee dafür also nicht mehr so sehr in Beschlag genommen ist.

Nichtsdestotrotz sind schon Medienberichte aufgetaucht, die diese nagende Frage behandeln. Mitunter betonen die mit

der Materie vertrauten Journalisten, dass die Militärzensur vieles noch nicht für die Veröffentlichung freigibt. Doch schon die ersten Details lassen erkennen: Warnungen waren zwar vorhanden, führten aber aufgrund einer grundlegenden Fehleinschätzung bezüglich der Hamas nicht zur nötigen Wachsamkeit.

Plan für eine Masseninvasion

Bereits im Jahr 2022 verfügte die Armee über Informationen zu einem Plan der Hamas für eine „Masseninvasion“. Der Plan führt unter anderem aus, dass 20 Gruppen der Nuchba-Einheit, der Elite-Kämpfer der Hamas, begleitet werden sollen von Ingenieur-Einheiten, die den Grenzzaun durchbrechen. Im Armeebereich über den Plan lautet die Einschätzung: „Diese Invasion stellt die größte Gefahr dar, mit der die Armee bei der Verteidigung Israels konfrontiert ist.“

Im Sommer 2023 warnte zudem eine Unteroffizierin von der Gaza-Division der Aufklärungseinheit 8200 ihre Vorgesetz-

ten, dass die Hamas etwas Großes plane. Der Öffentlichkeit ist sie nur als „V.“ bekannt. Terroristen der Hamas hielten ihr zufolge Übungen ab, die zum erwähnten Plan passten. In abgehörten Gesprächen hätten sie darüber gesprochen, wie sie ganze Ortschaften auslöschen würden.

Wie genau die Warnungen gehandhabt wurden, wird noch zu klären sein. Einige in der Abteilung von „V.“ hätten diese als „imaginär“ abgetan. Am 3. Oktober besuchte Aman-Chef Aaron Chaliva die Gaza-Abteilung. Ein Offizier machte dabei in einer Gesprächsrunde auf die Warnungen von „V.“ aufmerksam. Anschließend soll es zu einem Vier-Augen-Gepräch zwischen Chaliva und diesem Offizier gekommen sein. Was dabei vereinbart wurde, ist bislang unbekannt. Chalivas Assistenten sollen aber in Hörweite gewesen sein; womöglich äußern sie sich noch zum Inhalt.

Die Warnungen von „V.“ hatten indes ein Manko: Sie enthielten keinen konkreten Zeitpunkt, wann das alles geschehen sollte. Es hätte theoretisch noch Monate so weitergehen können. Insofern hatten ihre Vorgesetzten keinen konkreten An-



lass, zu handeln. Bereits zu Pessach soll ein Angriff geplant gewesen sein, der dann aber nicht erfolgte. Warum sollte es dieses Mal anders sein?

Fatale Fehlannahme

An dieser Stelle weisen die Medien auf ein grundlegendes Problem hin: In der Führungsebene der Armee und der Geheimdienste herrschte die Überzeugung vor, dass die Hamas aktuell nicht an einer Konfrontation interessiert sei. Die Annahme war, dass die Terror-Organisation nach dem Konflikt vom Mai 2021 abgeschreckt sei; ihr gehe es nun vor allem darum, die Lebensbedingungen der Bewohner im Gazastreifen zu verbessern. Dazu dienten Gelder aus Katar und die Genehmigungen für Arbeitsstellen in Israel, deren Zahl Israel zuletzt stark erhöht hatte.

Bemerkenswert ist, dass sämtliche Geheimdienste diese Überzeugung von einer gezähmten Hamas teilten. Das gilt für den Aman und für den Inlandsgeheimdienst Schabak. Chaliva sah nach der Militäroperation vom Mai 2021 „fünf Jahre Ruhe“

wegen der wirtschaftlichen Maßnahmen voraus. Auch ein Mossad-Team, das derartige Einschätzungen überprüfte, hatte keine Einwände.

Die Prüfungsabteilung innerhalb des Aman bestätigte ebenfalls die vorherrschende Sicht. Diese Abteilung wurde 1974 nach dem Jom-Kippur-Krieg im Jahr zuvor eingerichtet. Ihr Zweck ist es, den Advocatus Diaboli zu spielen und die gängigen Überzeugungen infrage zu stellen, um böse Überraschungen zu vermeiden.

Späte Revision

Wie hartnäckig sich die Überzeugungen von der Hamas hielten, zeigen die Entwicklungen in den Tagen vor dem Massaker und in der Nacht davor. Am 1. Oktober hielt ein Lagebericht einen „scharfen Anstieg von Übungen der Nuchba-Einheiten“ fest. Das Fazit lautete aber, dass es angesichts der wirtschaftlichen Maßnahmen wieder ruhiger werden würde.

In der Nacht vor dem Massaker führten Beobachtungen von verdächtigen Vorgängen zu Telefonberatungen auf höchster Ebene. Die Einschätzung war dann aber, dass die Hamas höchstens einen Entführungsversuch vorhatte. Der Chef des Inlandsgeheimdienstes Schabak, Ronen Bar, entsandte eine kleine Einsatzgruppe an die Grenze – selbst diese Maßnahme hielten manche zu diesem Zeitpunkt noch für übertrieben.

Aufgrund der Indikatoren ordnete Armeechef Halevi schließlich an, dass das Geheimdienstmaterial überprüft werden soll – nun auch mit der Annahme, dass die Hamas doch nicht abgeschreckt sei. Für den Fernsehsender „Kanal 12“ war dies das erste Mal, dass die Armee ihre Überzeugungen zu einer gezähmten Hamas infrage stellte. Dennoch führte es noch nicht dazu, ein größeres Aufgebot zu mobilisieren. Zunächst ließ die Armee drei Drohnen und einen Kampfhubschrauber anrücken.

Übungen als Blendwerk

Zum Wirrwarr beigetragen haben dürfte der Umstand, dass die Hamas sich keine Mühe gab, ihre Pläne zu verheimlichen. Im Gegenteil: Die Terroristen veröffentlichten Videos von den Übungen in nachgebauten Ortschaften stolz in den sozialen Medien. Ein Übungsplatz befand sich in unmittelbarer Nähe der Grenze.

Gepaart mit der Annahme einer abgeschreckten Hamas führte das wohl zum Eindruck, dass es sich um bloßes Säbelrasseln handelte.

Darüber hinaus strahlte der Sender „ Hamas TV“ zum Ramadan 2022 eine Dramaserie aus, die von einer Invasion handelt. Der Hamas-Chef im Gazastreifen, Jahja Sinwar, lobte die Serie später bei einer Preisverleihung. Dabei meinte er, dies sei das, was die Hamas vorbereite.

Dennoch konnte er die Israelis über seine genauen Pläne hinwegtäuschen. Dass und wann er den Befehl zum Angriff geben würde, hielt er vor ihnen verborgen. Sie wussten nur, dass sie nicht wissen, was er vorhat. So lautete das Fazit einer Lagebesprechung des Aman drei Monate vor dem Massaker.

Auch im Nachhinein gibt sich die Armee ratlos. Ein ungenannter Offizier im Führungsstab sagte Ende November zusammenfassend: „Wir wissen nicht, wann Sinwar die Entscheidung fällte, [den Plan] in eine Handlungsanweisung umzuwandeln, und wir wissen auch nicht, warum. Wir können nur spekulieren.“

„Kolossales Versagen“

Die israelischen Medien sind in der Bewertung dieses Befunds wenig zimperlich. Neben den Sicherheitsdiensten trifft dies auch die politische Führung, also Benjamin Netanjahu. Er war es, der die Politik auch gegenüber der Hamas bestimmte. „Netanjahu ist der Gründungsvater des Versagens in Gaza“, schrieb das Verteilblatt „Israel Hajom“, das dem Regierungschef traditionell eigentlich zugewandt ist.

Mit Blick auf die Sicherheitsdienste fallen die Urteile ebenso heftig aus. Neben der Fehleinschätzung zur Hamas spielt auch ein allzu großes Zutrauen in die Sicherheitstechnik eine Rolle. So habe der Ende 2021 verstärkte Grenzzaun ein falsches Gefühl der Sicherheit geboten: Binnen Minuten war dieser am Tag des Massakers durchbrochen.

Die Zeitung „Yediot Aharonot“ spricht von einem „kolossalen Versagen auf allen Ebenen“. „Israel Hajom“ schreibt, spätestens die Erlangung des Invasionsplans im Sommer 2022 hätte zu einem Umdenken führen müssen. Sie zieht den Schluss: „Größtenteils handelt es sich um die Geschichte einer absehbaren Katastrophe, geboren aus der Sünde des Hochmuts.“ |



ABSCHRECKUNG UND ENTGEGENKOMMEN

Israel und die Hamas

Seit 2007 muss Israel mit der Hamas als dominierender Kraft im Gazastreifen umgehen. Zuletzt versuchte Jerusalem, sich Ruhe zu erkaufen. Netanjahus Rivalen führten diese Politik fort.
Daniel Frick

Szene aus dem Jahr 2019: Mit israelischer Genehmigung erhalten Palästinenser im Gazastreifen Geld aus Katar – 100 US-Dollar pro Monat, offiziell für bedürftige Familien

Zu der Debatte rund um die Ursachen des Terrormassakers gehört auch der Verdacht, dass Israel die Terrororganisation Hamas als Gegengewicht zur „Palästina-Befreiungsorganisation“ (PLO) gefördert, wenn nicht sogar gegründet, habe. Der Gedanke dabei: Solange die Palästinenser in innere Konflikte verstrickt sind, kämpfen sie nicht in der Intensität gegen Israel, wie sie es könnten, noch sind sie in der Lage, einen Staat zu gründen.

Wie so oft in der verwachsenen Lage in Nahost trifft manches zu – und manches nicht. Es ist kein Geheimnis, dass Israel in den vergangenen Jahren der Hamas entgegengekommen ist: Im Jahr 2018 genehmigte Regierungschef Benjamin Netanjahu massive Geldflüsse von Katar in den Gazastreifen – anfangs monatlich 10 Millionen US-Dollar. Er erhöhte auch die Zahl der Genehmigungen für eine Arbeit in Israel. Auf diese Weise fließt mehr Geld in den Gazastreifen.

Umstrittene Einvernehmlichkeit

Da Netanjahu die Geschicke Israels fast in den gesamten vergangenen 15 Jahren bestimmt hat, ist er verantwortlich für diese Politik. Doch als Naftali Bennett und Jair Lapid im Sommer 2021 für anderthalb Jahre an der Macht waren, setzten sie diese Politik nicht nur fort, sondern bauten sie massiv aus: Sie erhöhten die Zahl der Arbeitsgenehmigungen im März 2022 von 11.000 auf 20.000. Die Gelder nach Katar wurden weiter gezahlt, mittlerweile sind es 30 Millionen US-Dollar pro Monat. Der damalige Verteidigungsminister Benny Gantz lobte in dieser Zeit Katars „positive Rolle“ in der Region.

Das Entgegenkommen hatte also auch Befürworter bei den Rivalen Netanjahus. Selbst Avigdor Lieberman trug diese Politik als Finanzminister in der Bennett-Lapid-Regierung mit. Noch 2018 war der Israel-Beiteinu-Chef als Verteidigungsminister un-

ter Netanjahu zurückgetreten, weil er die Finanzaufzahlungen an die Hamas nicht billigte. Schon im Jahr 2016 hatte er in einem Geheim-Memo an Netanjahu und den damaligen Armeechef Gadi Eisenkot einen Präventivschlag gegen die Hamas gefordert, weil diese sich aufrüstete.

Wie der Mossad zu den Zahlungen stand, ist unklar. Die „New York Times“ berichtete zuletzt, dass sowohl der aktuelle Leiter des Auslandsgeheimdienstes, David Barnea, wie auch sein Vorgänger Jossi Cohen gegen die Zahlungen waren, weil niemand kontrollieren könne, was mit den Geldern geschehe. Anderen Medienberichten zufolge drängte der Mossad auf diese Zahlungen.

Palästinenser im Konflikt

Mit der Politik dieses Entgegenkommens war die Hoffnung verbunden, dass sich Israel Ruhe erkaufen könnte – dies wohl auch, um die damals schon laufenden Geheimgespräche zu den Abraham-Abkommen nicht zu gefährden. Diese Politik weckte aber einen weiteren Vorwurf: Israel wolle die palästinensischen Gruppierungen gegeneinander ausspielen. Dazu wird eine Äußerung Netanjahus bei einer Sitzung der Likud-Fraktion 2019 angeführt: Wer einen palästinensischen Staat verhindern wolle, müsse die Gelder aus Katar für den Gazastreifen unterstützen, soll Netanjahu damals gesagt haben.

Es ist nicht undenkbar, dass Israel so eine Politik betreibt. Warum auch nicht? Noch gelten bei den Palästinensern – sowohl bei der Hamas als auch bei der PLO – Chartas, die die Vernichtung Israels vorsehen. Entgegen westlicher Träumereien gibt es bei den tonangebenden Palästinensern keinen Friedenswillen. Insofern könnte man es auch fahrlässig nennen, würde Israel nicht versuchen, die Gruppierungen gegeneinander auszuspielen.

Doch boten die Palästinenser auch die Gelegenheit dazu: Im Rahmen der Oslo-Verträge hatte die von der PLO geprägte Palästinensische Autonomiebehörde (PA) Waffen erhalten, um Terroristen wie die Hamas zu bekämpfen. Wie der frühere Premier Ehud Barak einmal in einem Interview beklagte, nutzte der damalige PLO-Chef Jasser Arafat diese Waffen nicht gegen die Hamas.

Auch auf diplomatischer Ebene sind es die Palästinenser, die ihren Konflikt nicht beseitigen können. In den vergangenen Jahren hatte es mehrere Einigungsversuche gegeben. Sie scheiterten allesamt, auch wenn es 2014 eine kurzlebige „Einheitsregierung“ gab. Im Sommer 2023 nannte PA-Präsident Mahmud Abbas diese Zerrüttung eine „zweite Nakba“ – eine bemerkenswerte Formulierung: Als „Nakba“ bezeichnen Palästinenser normalerweise die „Katastrophe“ der Staatsgründung Israels.

Zahme Anfänge

Eine haltlose Legende ist indes die Sicht, der Mossad habe die Hamas gegründet. Die Terror-Organisation ist ein Ableger der 1928 in Ägypten gegründeten fundamentalistischen Muslimbrüder. In Gaza waren diese ab 1946 aktiv. Beim Krieg von 1948/49 kämpften sie mit dem ägyptischen Militär gegen den neu gegründeten Staat Israel.

In den kommenden Jahrzehnten hielten sich die Muslimbrüder im Gazastreifen aber militärisch zurück – weil sie Repressionen des ägyptischen Regimes befürchteten. Auch nach der arabischen Niederlage im Sechs-Tage-Krieg 1967 beteiligten sie sich nicht am

Die Muslimbrüder

Die Muslimbruderschaft wurde 1928 vom Grundschullehrer Hasan al-Banna (1906–1949) in der ägyptischen Stadt Ismailia gegründet. Der Publizist Hamed Abdel-Samad sieht in ihr die „Mutter aller Terror-Organisationen“: Al-Bannas Ziel war eine rein islamische Gesellschaftsordnung, die mithilfe des Dschihad durchgesetzt wird, und die Errichtung des Kalifats. Im Militarismus der deutschen und italienischen Faschisten sah er ein Vorbild, das ihn zugleich an die Anfänge des Islam erinnerte. 1936 stellte er sein 50-Punkte-Programm vor, das unter anderem die Abschaffung des Parteiensystems vorsieht. Die Muslimbrüder erhielten vor allem in den 1940er Jahren Zulauf, wurden dann aber wegen Terror verboten und agierten im Untergrund. 2012 kamen sie infolge des „Arabischen Frühlings“ in Ägypten ein Jahr lang an die Macht.

„Widerstand“ gegen Israel, da sie ihn für aussichtslos hielten. In dieser Zurückhaltung liegt wohl auch die Legende begründet, dass der Mossad hinter der Organisation stecke.

Erst Wohlfahrt, dann Terror

Stattdessen verankerten sich die Muslimbrüder weiter in der Bevölkerung. 1973 gründete Scheich Ahmad Jassin, der damals der faktische Leiter der Muslimbrüder war, ein „Islamisches Zentrum“ (Al-Mudschamma al-Islamia) als Wohlfahrtsorganisation. Das „Zentrum“ betrieb Kindergärten und Kliniken, organisierte auch Massenhochzeiten für Paare, die Kosten sparen wollten. Ziel war es, die Gesellschaft verstärkt zu islamisieren. 1979 erkannte Israel das „Zentrum“ offiziell an. Geld erhielt es durch Spenden aus den Golfstaaten.

In dieser Zeit kam es auch zu einer stärkeren Politisierung und Militarisierung. Hauptgegner waren aber zunächst linksextreme Palästinensergruppen im Gazastreifen. 1984 verhaftete Israel Jassin, weil er zu diesem Zweck Waffen in einer Moschee hortete.

Zur Gründung der Hamas kam es erst im Kontext des Palästinenseraufstandes, der im Dezember 1987 begann. Im August 1988 veröffentlichte sie ihre israelfeindliche Charta, 1989 verbot Israel die Gruppierung.

Von sich reden machte die Hamas in den 1990er Jahren durch zahlreiche Terroranschläge. Grausige Bilder von explodierten Bussen inmitten von Tel Aviv und anderen Städten gingen um die Welt. Die Absicht der Hamas war es, den damals angelaufenen Oslo-Prozess zu torpedieren. 1991 hatte sie ihren „Militärflügel“ gegründet, die Isadin-al-Kassam-Brigaden.

Im Jahr 2006 gewann die Hamas die Parlamentswahlen und übernahm 2007 in einem blutigen Konflikt mit der Fatah-Partei von PA-Präsident Mahmud Abbas die Kontrolle über den Küstenstreifen. In den Jahren darauf kam es zu mehreren Militärrunden gegen Israel, die umfangreichste davon 2014 mit der Operation „Starker Fels“.

Im Mai 2017 veröffentlichte die Hamas eine neue Charta, in der sie Israel scheinbar akzeptierte – jedenfalls wollten das viele so lesen. Im Text ist das bei genauem Hinschauen nicht ersichtlich, zumal die alte Charta nie aufgelöst wurde. Dass die neue Charta höchstens als Blendwerk diene, zeigt auch ein Zitat von Hamas-Führer Jahja Sinwar vom Dezember 2017: „Die Zeit, in der die Hamas die Anerkennung Israels diskutierte, ist vorbei. Jetzt diskutiert die Hamas, wie sie Israel auslöscht.“ |

Briefmarken erzählen Geschichte

Die israelische Post greift immer wieder Motive aus der Bibel und dem Zeitgeschehen auf. Dies inspirierte einen CVJM-Mitarbeiter im Ruhestand zu einer anschaulichen „Geschichtsstunde“.

Elisabeth Hausen

Eine Wanderausstellung in Deutschland beleuchtet anhand von Briefmarken die Geschichte Israels. Aufgeteilt ist sie in drei Schwerpunkte:

derts infolge antisemitischer Ausschreitungen in Frankreich Pläne für einen Judenstaat fasste. Im Zentrum steht der Holocaust.

Deutschland in Kassel. Im Ruhestand entdeckte er die Philatelie (Briefmarkenkunde) als Hobby. Hinzu kam seine Liebe zum jüdischen Volk. Und so entstand die Idee



Motive der Ausstellung: Kultgegenstände des Tempels, Anne Frank und Chagall-Fenster zu den Stämmen Israels in der Jerusalemer Hadassah-Klinik

„Biblische Motive“, „Verfolgung und Leiden“ sowie „Das neue Israel“.

Besonders umfangreich ist der biblische Teil. Darin geht es um die Schöpfung, den Sündenfall, Abraham, den Auszug aus Ägypten und die Gesetzgebung am Sinai. König David kommt ebenso vor wie der Tempelbau unter seinem Sohn Salomo. Auch Frauen nehmen in der Bibel eine wichtige Rolle ein. Und so befassen sich Schautafeln mit den vier Erzmüttern und mit der Prophetin Hulda, die zur Zeit des Königs Josia in Jerusalem wirkte. Weitere Themen sind das babylonische Exil und die jüdischen Aufstände gegen die Römer im 1. Jahrhundert nach Christus.

Zum Abschnitt „Verfolgung“ gehört der Begründer des politischen Zionismus, Theodor Herzl, der Ende des 19. Jahrhun-

Beim Teil „Neues Israel“ dürfen die Verlesung der Unabhängigkeitserklärung 1948 und staatliche Symbole wie die Flagge oder das Parlamentsgebäude nicht fehlen. Doch auch das religiöse Leben im modernen Staat kommt bei der israelischen Post vor – mit dem Widderhorn Schofar und dem wöchentlichen Ruhetag Schabbat.

Ein Christ mit Liebe zu Briefmarken und Israel

Konzipiert hat die Ausstellung Albrecht Kaul mit dem Designer Bernd Drescher. Kaul machte einst christliche Jugendarbeit in der DDR. Von 1995 bis 2009 war er stellvertretender Generalsekretär beim CVJM (Christlicher Verein Junger Menschen)

für die Ausstellung – mit Schautafeln und den Original-Briefmarken.

Kaul möchte damit einen kleinen Beitrag zum Verständnis von Israel leisten, wie er gegenüber Israelnetz sagte. Die Ausstellung umfasst knapp 50 Tafeln im DIN-A3-Format, auf denen 85 Briefmarken in starker Vergrößerung abgebildet sind. Daneben finden sich informative Texte und gegebenenfalls passende Bibelverse.

Der Initiator verleiht die Ausstellung kostenlos an Kirchengemeinden, Jugendverbände, Bildungseinrichtungen und andere Interessierte. Zu sehen ist die Schau in diesem Jahr unter anderem vom 1. bis 6. April auf dem christlichen Spring-Festival in Willingen im Sauerland. |

www.geschichteisraelsausstellung.de

Bibelkolumne

Was Solidarität kostet

Viele Christen sprechen von Solidarität mit Israel. Doch was die Umsetzung der „Staatsräson“ im Ernstfall kosten kann, erfahren nur wenige.

Timo Roller



Ma'alot ist eine Kleinstadt in Galiläa, im Norden Israels. Von dort sind es Luftlinie 9 Kilometer bis zur libanesischen Grenze. Bei Raketenalarm bleiben nur wenige Sekunden, um sich in Sicherheit zu bringen. Dort betreibt das christliche Hilfswerk Zedakah e.V. ein Altenpflegeheim. Nach dem Angriff der Hamas am 7. Oktober verschärfte sich auch die Lage im Norden Israels, die Terrorgruppe Hisbollah hat weit mehr als 100.000 Raketen. Am 10. Oktober wurde bei Zedakah entschieden, die Bewohner und das Leben in das Bunkerstockwerk zu verlagern.

Was darf die viel beschworene Solidarität mit Israel kosten, die „deutsche Staatsräson“? Viele Ausländer haben Israel nach dem 7. Oktober verlassen. Ich war wenige Wochen vorher dort, mir blieb die Entscheidung erspart. Was also tun von Deutschland aus? Ich hängte eine Israel-Flagge ins Fenster – auf dem Dorf ein überschaubares Risiko. Zedakah unterstützte ich in der Öffentlichkeitsarbeit. Das kostet etwas Zeit, besonders mutig ist es nicht. Mutig war es, in Städten Israel-Flaggen zu hissen, viele wurden abgerissen. Christen beten und spenden, sind bei WhatsApp aktiv oder auf Instagram. Aber im Alltag? Wie unbequem darf es für uns werden? Juden in Deutschland fühlen sich alleingelassen, was bringen ihnen unsere Solidaritätsbekundungen, wenn sie in der Öffentlichkeit gewalttätige Übergriffe fürchten müssen? Solidaritäts-Demos gab es nach dem 7. Oktober, doch die „Demonstrationen für Demokratie“ sind viel größer. Es ist offensichtlich „günstiger“, gegen die AfD zu demonstrieren als gegen die Hamas.

„Gelobt sei Gott, der Vater unseres Herrn Jesus Christus, der Vater der Barmherzigkeit und Gott allen Trostes, der uns tröstet in aller unserer Bedrängnis, damit wir auch trösten können, die in allerlei Bedrängnis sind, mit dem Trost, mit dem wir selber getröstet werden von Gott.“

2. Korinther 1,3-4

eine Ruhe und Gewissheit ins Herz gelegt.“ Pflegedienst in Reichweite abertausender Raketen!

Einen entsetzlich hohen Preis für die Solidarität mit Israel und dem jüdischen Volk musste die Familie der Zedakah-Mitarbeiter Nelli und Gideon Bayer bezahlen. Gideon ist in Israel aufgewachsen, sein Vater hat das Pflegeheim mit aufgebaut. Sie sind Deutsche mit Daueraufenthaltsgenehmigung – und als Wahl-Israelis und Christen mit Gottes Volk eng verbunden. Ihr 20-jähriger Sohn Urija Bayer leistete freiwillig Wehrdienst und kämpfte in einer Spezialeinheit im Gazastreifen. Er wurde schwer verwundet und starb am 17. Dezember im Krankenhaus. Weit über tausend Menschen kamen zur Beerdigung. Der Knessetabgeordnete Mickey Levy erwähnte Urija in einer Rede im Parlament und dankte der Familie für „ihr Opfer“ im Namen der Nation. Viele Israelis fragen sich seitdem: Was sind das für Menschen, die als deutsche Christen für Israel ihr Leben riskieren?

Währenddessen geht die Arbeit im Pflegeheim weiter. 16 Holocaust-Überlebende müssen versorgt werden. Die Überzeugung der Zedakah-Leute: Mit Gottes Hilfe wird es weitergehen, „Tröstet, tröstet mein Volk“ (Jesaja 40,1), das ist auch künftig der Auftrag des Werks. Auch wenn die Kosten derzeit hoch sind. Mitarbeiterin Jannika Vetter erzählt: „Nach Hause gehen? – Darüber habe ich nie ernsthaft nachgedacht, obwohl ich auch hin und wieder Angst habe. Ich habe mir dann auch die Frage gestellt, wie ich trösten kann, wenn ich eigentlich selber Trost brauche.“ – Dabei ist ihr 2. Korinther 1,3+4 wichtig geworden. Gerade jetzt hat Israel, das so sehr in Bedrängnis geraten ist, Gottes Trost durch uns Christen besonders nötig! Das Volk Israel zu trösten, auch wenn der Preis hoch ist, ist ein guter Anfang. Bis es einmal soweit kommt, dass Israel uns Heiden, denen das Heil widerfahren ist, nacheifert (Römer 11,11), wird es sicherlich noch eine ganze Weile dauern. |



Timo Roller ist Regisseur des Films „schalom75“, Initiator des Projekts „Papierblatt“ und Autor mehrerer Bücher. Er ist Geschäftsführer der MORIJA gGmbH und betreibt die Website www.bibelabenteurer.de

Fundierte Hintergründe, zuverlässige Recherche



ISRAELNETZ NEWSLETTER

Mit unserem E-Mail-Newsletter sind Sie jeden Werktag informiert über aktuelle Meldungen und Hintergründe.

israelnetz.com/newsletter



PODCAST ISRAELNETZ AKTUELL

Der Podcast mit aktuellen Nachrichten aus Israel und dem Nahen Osten – überall, wo es Podcasts gibt!

israelnetz.com/podcast

Hören Sie unseren Podcast auch bequem am Telefon:

06441 5 66 77 88

